

R

REGION

Kurznachrichten

Mehr unter suedostschweiz.ch/miniregion

CHUR / PROMONTGNO

Regierung nimmt Polizei-Petition aus Bregaglia zur Kenntnis

Die Petition «Il ripristino del posto di polizia sul Comune di Bregaglia» verlangt die Wiedereinführung eines Polizeipostens in der Gemeinde Bregaglia, um eine grössere Sicherheit im Tal sowie raschere Interventionszeiten zu gewährleisten und damit im Falle einer Naturkatastrophe Einsatzkräfte vor Ort sind. Die Petition wurde von 1041 Personen unterzeichnet und am 5. Dezember des vergangenen Jahres eingereicht, wie der Kanton mitteilt. Die Regierung nehme die Petition zur Kenntnis, heisst es weiter. Mit der Aufnahme des Entwicklungsschwerpunkts «Sicherheit im Grenzraum und an den Landesgrenzen» ins Regierungsprogramm 2025–2028 sei dem Anliegen der Petition bereits grösstenteils Rechnung getragen worden. Über das weitere Vorgehen werde nach der Prüfung der regionalen polizeilichen Versorgung in den Südtälern zu entscheiden sein. (red)

CHUR

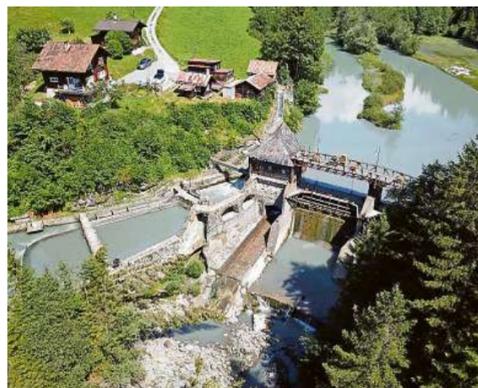
Startschuss für neues Lehrmittel in allen Schulsprachen ist gefallen

Die Bündner Regierung hat das Detailkonzept zu einem neuen Lehrmittel für die dritte bis sechste Primarklasse gutgeheissen. Das teilt die Ständekanzlei am Donnerstag mit. Damit kann das Amt für Volksschule und Sport das Lehrmittel, das in allen Schulsprachen erscheinen soll, in Auftrag geben. Heissen wird das geplante Lehrmittel «EinBlick Graubünden». Es wird in digitaler Form herausgegeben und deckt die Fachbereiche Natur, Mensch und Gesellschaft ab. Es werde auf Deutsch erarbeitet und anschliessend ganz oder teilweise in die Idiome Sursilvan, Puter, Vallader, Surmiran, Sutsilvan und Rumantsch Grischun sowie ins Italienische übersetzt, wie es weiter heisst. Die Kosten belaufen sich auf rund 1,7 Millionen Franken. (red)

CHUR / LÜEN

Übertragung der Konzession für das Wasserkraftwerk Lüren

Die Übertragung der Wasserrechtskonzession für das Wasserkraftwerk Lüren von der ehemaligen Gemeindekorporation Kraftwerk Lüren auf die Arosa Energie ist von der Bündner Regierung genehmigt worden. Wie die Ständekanzlei in einer Mitteilung schreibt, hat die Regierung gestützt auf das übertragene Nutzungsrecht gegenüber der Arosa Energie die Restwassersanierung für das Kraftwerk Lüren verfügt. Damit die bauliche Umsetzung für die Restwassersanierung und den Fischschutz erfolgen kann, hat die Regierung auch das Projekt zur Erneuerung des Wehrs in Pradapunt genehmigt. (red)



Wird erneuert: Das heutige Stauwehr des Wasserkraftwerks Lüren in Pradapunt. Bild Entegra AG



Pontresina im Oberengadin: Hier fehlt es an Wohnraum für die einheimische Bevölkerung. Dagegen soll eine neue Lenkungsabgabe helfen.

Bild Marius Kretschmer

Zweitheimische sind gegen neue Abgabe in Pontresina

Bei dem von der Gemeinde initiierten Mitwirkungsverfahren zu einer geplanten Lenkungsabgabe auf Ferienwohnungen haben sich Hunderte beteiligt. So argumentieren die Zweitwohnenden.

von Marius Kretschmer

Wie überall im Oberengadin gibt es in Pontresina kaum bezahlbaren Wohnraum für Einheimische. Trotz vieler Gesetze und Initiativen hat sich die Situation in den vergangenen Jahren immer weiter verschlechtert – Immobilienbesitzer wandeln Erstwohnraum in deutlich profitableren Zweitwohnraum um. Die Gemeinde will dieses Problem nun mit einer neuen Abgabe angehen, welche sie auf Zweitwohnungen erheben will, die weniger als 150 Tage im Jahr genutzt werden (wir berichteten am 1. Januar). Diese Abgabe soll eine lenkende Wirkung haben; Besitzer also dazu bringen, wieder dauerhaft und möglichst an Einheimische zu vermieten. Falls das erwartete Resultat ausbleibt, rechnet die Gemeinde dennoch mit Einnahmen, die für den Bau neuer Erstwohnungen genutzt werden sollen.

Rege Teilnahme

Über die Abgabe hat die Gemeinde ein Mitwirkungsverfahren abgehalten. Laut Gemeindekanzlerin Jeannette Guadagnini wurde die Möglichkeit rege genutzt. Knapp 700 Einreichungen seien bei der Gemeinde angekommen, die letzten kurz vor Mitternacht. In dem Verfahren hat sich auch die Interessengemeinschaft (IG) Zweitheimische Graubünden zu Wort gemeldet, eine Dachorganisation von 14 Vereinen, die sich für die mehrheitlich nicht ortsansässigen Zweitwohnungsbesitzer im Kanton einsetzt.

Diese spricht sich in ihrer Einreichung klar gegen die Abgabe aus. «Die Erhebung einer Sonder-

steuer nur bei den Zweitwohnungsbesitzern ist unserer Ansicht nach der falsche Ansatz, um den Mangel an Erstwohnungen effizient und effektiv zu dämpfen», sagen Guntram Heil und Rolf Paltzer, Ausschussmitglieder bei der IG Zweitheimische. «Zudem finden wir es mehr als stossend, dass diese Bevölkerungsgruppe heute für die Fehlplanungen auf politischer Ebene büssen soll», sagen sie.

«Mit «Fehlplanungen» meinen die beiden, dass in der Vergangenheit versäumt worden sei, eine Strategie zur Nutzung von Bauland zu entwickeln. Durch die Raumplanungsgesetze sei das Bauland nun allerdings limitiert. Die Gemeinde Pontresina habe wenig vorausschauend gehandelt und in der Vergangenheit nur wenig Bauland erworben.

Alternative Vorschläge

Ihrer Meinung nach gebe es bessere Massnahmen, als über Sondersteuern den Wohnungsmangel zu lindern. Sie schlagen kurzfristig eine Bauland- und Wohnbaupolitik vor, die mehr Bewohner auf der verfügbaren Fläche unterbringen soll. «Stichwort: verdichtetes Bauen», sagen Heil und Paltzer. Gute Lösungsansätze seien etwa in Flims und Davos zu finden. Als mittel- bis langfristigen Ansatz schlage man eine Revision der lokalen Baugesetze vor, damit die Gemeinde begrenzen kann, wie viele Wohnungen jährlich umgenutzt werden können.

Generell erkenne die IG Zweitheimische die Situation allerdings an, sagen Heil und Paltzer. «Aber die Zweitheimischen, wie im Fall Pontresina, mit einer indirekten Liegenschaftsteuer als die Alleinschuldigen an der Wohnungsmisere im touristischen Alpenraum zu verurteilen, ist nicht die Lösung

«Die Zweitheimischen als die Alleinschuldigen an der Wohnungsmisere zu verurteilen, ist nicht die Lösung des Problems.»

Guntram Heil
Ausschussmitglied IG
Zweitheimische Graubünden

700

Einreichungen

So viele gingen bei der Gemeinde Pontresina im Zuge des Mitwirkungsverfahrens zur Zweitwohnungsabgabe ein.

des Problems.» Die beiden verweisen unter anderem auf die Grundlagenanalyse des Departements für Volkswirtschaft und Soziales zum Thema «Knapper Wohnraum im Kanton Graubünden». Diese nenne neben Zuzügen und Nachfragen nach Ferienwohnungen ebenfalls die sinkende Haushaltsgrösse als einen zentralen Faktor bei der Verknappung des Wohnraums.

Auswertung läuft

Die IG Zweitheimische fordert indes, dass das Problem nicht nur in den Gemeinden besprochen werde. «Es müssten Arbeitsgruppen mit Einsitz aller Betroffener auch auf kantonaler Ebene gebildet werden», sagen Heil und Paltzer. Davon erhoffe man sich einerseits, langwierige Prüfverfahren zu beschleunigen. Andererseits könnten so verschiedene Lösungsansätze zur Wohnraumproblematik effektiv verglichen werden, um den besten auszuwählen und diesen betroffenen Gemeinden vorzuschlagen.

Wie geht es jetzt weiter? In einem nächsten Schritt werden laut Gemeindekanzlerin Guadagnini die Einreichungen ausgewertet. «Wir müssen uns jetzt einen Überblick verschaffen», sagt sie. Dann soll eine Arbeitsgruppe gebildet werden, für die man sich schon in dem Fragebogen bewerben konnte. In dieser sollen möglichst viele Gruppierungen im Ort mitarbeiten. Neben Mitgliedern des Gemeindevorstands sollen dies beispielsweise Vertreterinnen und Vertreter von Einheimischen, Zweitheimischen sowie aus der Hotellerie und anderem Gewerbe sein. Guadagnini ist optimistisch, dass man im kommenden März oder April in die Arbeitsgruppe starten könnte.